

(Beginn: 14.03 Uhr)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Ich bitte Sie, Platz zu nehmen und die öffentlichen Unterhaltungen einzustellen.

Ich eröffne die 24. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Meine Damen und Herren bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich noch einen Geburtstagsglückwunsch aussprechen.

Am 20. Juni feierte Herr Kollege Bernhard Roos einen halbrunden Geburtstag.

(Allgemeiner Beifall)

Ich wünsche Ihnen im Namen des gesamten Hauses und persönlich alles Gute und viel Erfolg für Ihre parlamentarischen Aufgaben.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 1:

**Ministerbefragung gem. § 73 GeschO auf Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN "Verheimlichtes AKW-Gutachten: Welche Gefahren drohen der bayerischen Bevölkerung?"**

Zuständig für die Beantwortung ist der Staatsminister für Umwelt und Gesundheit. Als ersten Fragesteller rufe ich Herrn Kollegen Hartmann auf. Herr Staatsminister, bitte kommen Sie an das Pult. Herr Hartmann, bitte.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ich bitte, die allgemeine Unterhaltung auf den hinteren Rängen einzustellen, damit der Herr Kollege seine Fragen stellen kann. Bitte schön.

**Ludwig Hartmann (GRÜNE):** Vergangene Woche wurde bekannt, dass bereits im Jahre 2002 die vom Freistaat Bayern mitgegründete und mitfinanzierte Internationale Länderkommission Kerntechnik - ILK - in einem geheim gehaltenen Gutachten zu dem Ergebnis gekommen ist, dass im Falle eines Absturzes eines Personenflugzeuges die Auswirkung und die Freisetzung der Radioaktivität weitaus katastrophaler einzuschätzen sind, als bis jetzt angenommen. Die anhaltende Geheimhaltung dieser Gutachten beweist, dass es offensichtlich ein massives Problem beim Schutz der Atomkraftwerke gab und bis heute gibt; denn wären die Anlagen und deren Technik nicht so verwundbar, könnte man ganz offen mit der Problematik umgehen.

Uns geht es nicht darum, jede genaue Einzelheit der Sicherheitsfragen oder den Schutz eines AKWs öffent-

lich zu machen. Uns geht es auch nicht darum, die einzelnen Schwachstellen der Reaktoren öffentlich zu machen. Uns geht es im Allgemeinen darum, zu klären, ob es Probleme beim Absturz von großen Passagiermaschinen bei Atomkraftwerken gibt.

Bei einer ähnlichen Debatte vor fünf Jahren in diesem Haus hat der damalige Umweltminister Werner Schnappauf das Problem mit der Floskel abgetan: Es bestehe ein robuster, solider Grundschutz. Nie wurde darauf eingegangen, welche Flugzeugtypen betroffen sind und ob Reaktoren unterschiedlich ausgelegt sind. Die Atomwirtschaft und die Staatsregierung fürchten die Diskussion über die unterschiedlichen Sicherheitsstandards der deutschen AKWs wie der Teufel das Weihwasser.

Die Staatsregierung ist bestens informiert, einmal durch das Gutachten der GRS und aktuell durch die noch geheim gehaltene ILK-Studie aus dem Jahre 2002. Aus der Studie geht hervor, dass die Wanddicke der Reaktoren zwischen 40 cm und 180 cm variiert. In Bayern ist besonders der Reaktor Isar 1 als sehr gefährlich einzustufen.

In der Debatte vor fünf Jahren kam das dreiteilige Schutzkonzept zur Sprache: erstens, die Einneblung im konkreten Fall; zweitens, der Einsatz eines GPS-Störsenders, um den instrumentgesteuerten Anflug zu verhindern; drittens, der Erlass eines Gesetzes, welches den Abschuss von angreifenden Flugzeugen durch Kampffjets erlaubt. Dieses Konzept ist vollständig gescheitert. Kein bayerisches AKW hat eine Vernebelungsanlage installiert. Kein bayerisches AKW hat einen GPS-Störsender installiert. Der Abschuss von entführten Passagiermaschinen ist höchstrichterlich durch das Bundesverfassungsgericht als grundgesetzwidrig verboten worden.

Fast acht Jahre nach dem 11. September und fünf Jahre nach Verkündung des Schutzkonzeptes stehen die Betreiber und die Aufsichtsbehörden mit leeren Händen da. Daher frage ich die Staatsregierung: Welchen Teil des dreiteiligen Schutzkonzeptes von 2004 wird die Staatsregierung innerhalb welcher Frist und in welcher Form umsetzen? Liegen alternative Pläne als Ersatz für die gescheiterten Teile des Konzeptes vor?

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Staatsminister, Sie haben das Wort. Bitte schön.

**Staatsminister Dr. Markus Söder (Umweltministerium):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die bayerischen Kernkraftwerke gehören zu den international am meisten anerkannten und sichersten weltweit. Dies ist bis heute in allen Diskussionen so

geblieben. In unserem Bestreben, den Klimaschutz zu fördern und eine weitgehend CO<sub>2</sub>-freie Energieversorgung zu gewährleisten, tragen die bayerischen Kernkraftwerke dazu einen überragenden Anteil bei. Kein anderes Bundesland in Deutschland kann auf CO<sub>2</sub>-Werte, wie sie in Bayern vorzufinden sind, verweisen. Das liegt unter anderem an der derzeitigen Versorgung mit Kernenergie.

Für die heutige Debatte gibt es keinen aktuellen Anlass, außer dass in 100 Tagen ein weiterer Wahlgang stattfinden wird. In Bezug auf den Klimaschutz hat die Sicherheit bei der Energieversorgung neben der CO<sub>2</sub>-Freiheit die oberste Priorität. Sicherheit heißt: Die Sicherheit der Kraftwerke ist das Wichtigste. Dabei gilt es, die Kernkraftwerke offen, transparent und nachhaltig zu prüfen und Risiken zu minimieren. Bei jedem Kernkraftwerk in Bayern werden im Jahr circa 1.000 Überprüfungen vorgenommen. Das bedeutet, dass die Reaktoren, die in Bayern in Betrieb sind, 5.000-mal im Jahr überprüft werden. So wird circa dreimal pro Tag geprüft, ob Sicherheitsmängel in irgendeiner Form vorliegen. Die bayerischen Kernkraftwerke gehören im globalen Vergleich mit zu den am besten geprüften und überwachten Anlagen, die es gibt.

Sie haben recht, dass seit dem 11. September 2001 in Deutschland - nicht nur in Bayern, sondern in allen Ländern, die Kernenergie haben - eine engagierte Diskussion darüber stattgefunden hat, in allen Gremien, Bayerischer Landtag und Bundestag, über die Situation: Wie sicher sind Kernkraftwerke im Hinblick auf die Terrorsituation? Übrigens gibt es auch in dieser Debatte keine Neuigkeiten.

Wir haben uns in Bayern damit übrigens frühzeitig befasst. Es ist wahr und richtig, dass es eine sogenannte Internationale Länderkommission Kerntechnik gibt, die im Übrigen regelmäßig von denen, die die Kernenergie ablehnen, in ihrer Kompetenz völlig abgelehnt wird. Es ist interessant, dass Sie sich heute ganz besonders auf diese Gruppe berufen.

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

13 Experten waren dort zusammen und berieten. Wir haben damals den Auftrag gegeben zu prüfen, wie die Situation aussehen könnte. Es sollte eine rasche Einschätzung erfolgen. Es gab eine Untersuchung, die beschränkt war auf den Schutzzustand der drei jüngsten Kraftwerke. Darunter war nicht Isar 1.

(Ludwig Wörner (SPD): Warum nicht?)

Die Debatte um Isar 1 hat mit dieser Studie nichts zu tun. Die übrigen Kernkraftwerke wurden nicht unter-

sucht. Es wurde damals nur vorgeschlagen, dass man das nachholen soll.

Parallel zur Untersuchung der kleinen Länderkommission hat der damalige Bundesumweltminister Trittin angeordnet - wie ich meine, zu Recht -, dass es eine umfassende, eine größere, eine nachhaltigere Untersuchung geben muss. Die ist in der Tat von der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit - GRS - gemacht worden. Zum Vergleich: In der Kommission, an der Bayern beteiligt ist, sitzen bis zu 13 Experten, die GRS zählt über 400 Mitarbeiter. Sie ist die am meisten anerkannte Kommission, die sich mit diesen Fragen beschäftigt. Diese Studie lag Ende des Jahres 2003 vor. Da sie umfassender, weitreichender und - ich sage das ganz offen - von Bundesumweltminister Trittin in Auftrag gegeben worden war, hat man im Bayerischen Landtag damals entschieden, dass dies die Beratungs- und Entscheidungsgrundlage für die weiteren Verfahren sein muss.

Die GRS hat alle deutschen Kernkraftwerke untersucht und Aussagen zum Schutzstand getroffen. Deswegen war diese Studie in ihrer Gesamtheit und in der Tiefe der Prüfung Maßstab für das weitere Verhalten.

Der damalige Umweltminister Trittin - bis auf den heutigen Tag unverdächtig, meiner Partei oder dieser Staatsregierung anzugehören - hat damals im Einvernehmen mit den Bundesländern entschieden, dass diese Studie in ihrer Geheimhaltungskraft vertraulich sein muss. Dies hat einen ganz einfachen, nachvollziehbaren Grund: Keiner, auch wir nicht, kann es wollen, dass man sozusagen Anleitungen gibt, wie man diese Hochsicherheitsanlagen im Zweifelsfall terroristisch missbrauchen kann. Es gibt dafür feststehende, etablierte Sicherheitsvorschriften, wie es sie übrigens auch für andere schützenswerte Objekte, Gebäude und Anlagen gibt. In diesem Fall hat man sich damals einstimmig entschieden, dies zu tun.

Der bayerische Umweltminister Dr. Schnappauf hat am 5. Februar 2004 den Umweltausschuss des Bayerischen Landtags umfassend in einer als geheim eingestuften Sitzung über die Inhalte dieser Studie informiert. Damals war für die GRÜNEN Frau Paulig dabei und auch noch andere Mitglieder des heutigen Hauses, beispielsweise Herr Hünnerkopf. Kollege Wörner und Frau Weikert waren damals Mitglieder des Ausschusses und wurden umfassend über die Studien informiert. Es wurde damals übrigens angeboten - das gilt bis auf den heutigen Tag, Herr Hartmann, wenn Sie das wollen und die entsprechenden Voraussetzungen erfüllen -, dass geheimhaltungsbefugte Personen diese Studien im Ministerium jederzeit einsehen können. Damals wurde übrigens auch dem Mitglied der GRÜNEN Frau Paulig dieses Angebot gemacht. Bis auf den heutigen Tag ist

dieses Angebot aber nicht wahrgenommen worden. Hätte man sich darum gekümmert, hätte man die Unterlagen sehen können. Nach wie vor sind sie jederzeit einsehbar. Dass sie als vertraulich und bundesweit amtlich als solche eingestuft sind, ist, glaube ich, selbstverständlich. Es geht schließlich tatsächlich um einen Hinweis auf den Schutz und nicht darum, Rezepte zu geben.

Das Gesamtkonzept gegen Terror, das daraufhin Bund und Länder gemeinsam beschlossen haben, zielt darauf ab, dass die Länder überprüfen: Wie sieht es beispielsweise bei Absturzgefahr von Militärflugzeugen aus? Hier ist klar, dass die gültigen Vorschriften so ausgelegt bzw. geschaffen worden sind, dass das KKW gegen einen Absturz einer schnell fliegenden Maschine, beispielsweise eines Militärjets, geschützt wäre. Ebenso bestünde ein robuster Grundschutz gegen den Absturz einer Verkehrsmaschine.

Obwohl diese Diskussion geführt wurde und obwohl es natürlich so ist, dass es eine hundertprozentige, gar tausendprozentige Sicherheit nie geben kann - das gilt für alle Bereiche des Lebens -, haben der damalige Bundesumweltminister Trittin und auch der heutige Umweltminister Gabriel uns bis auf den heutigen Tag nicht empfohlen, aufgrund dieser Herausforderung Isar 1 oder andere Kernkraftwerke in Deutschland abzuschalten. Dies ist ganz wichtig zu bemerken. Der Bund - Gabriel und auch vorher Trittin - haben uns dies nicht empfohlen.

Aufbauend auf dem Grundschutz gibt es ein bundesweites Gesamtschutzkonzept mit Maßnahmen des Staates, Schutzmaßnahmen auf Flughäfen und für Flugzeuge, Maßnahmen der Flugsicherung, auch der Streitkräfte, Verstärkung des Brandschutzes, schnelle Abschaltungsszenarien im Falle einer Bedrohung und, ganz wichtig, Sicherheitsanweisungen in den Kraftwerken. Der Parlamentarische Staatssekretär Michael Müller, SPD, hat genau zu den Themen, die Sie angesprochen haben, lieber Kollege Hartmann, am 4. November 2008 schriftlich im Deutschen Bundestag ausgeführt: "Zurzeit sind keine Einzelfälle ersichtlich, in denen der Erlass nachträglicher Auflagen bzw. ein Widerruf von Genehmigungen in Betracht kommt."

Weil dies so ist, weil der Bund und weil alle Länder, zum Beispiel auch die SPD-Ministerin Frau Trauernicht in Schleswig-Holstein, keinen Anlass sehen, dies zu ändern, halten wir unser Vorgehen für höchst sicherheitsrelevant, für den Schutz der bayerischen Bevölkerung richtig und für einen wichtigen Energieträger in Bayern ausreichend. Deswegen werden wir diese Praxis auch beibehalten. Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Staatsminister. Herr Kollege Hartmann hat sich zu einer Nachfrage gemeldet.

**Ludwig Hartmann (GRÜNE):** Ich habe eine Nachfrage, Herr Minister, zum Thema Isar 1. Wie Ihnen sicher bekannt ist, ist die bauliche Konstruktion so ausgelegt, dass das Abklingbecken für die Brennelemente im Gebäude relativ weit oben angebracht ist, eigentlich direkt unter der Decke. Es ist auch bekannt, dass Isar 1 eine Wandstärke von weniger als einem Meter hat.

Bei neuen AKWs - Sie haben gerade die Sicherheit der deutschen AKWs herausgestellt - gibt es große Unterschiede. In den letzten 30 Jahren hat man viel dazugelernt, auch viele technische Fortschritte gemacht und diese Anlagen massiv stärker ausgelegt.

Ist die Staatsregierung bereit, für den besonders gefährlichen und schlecht konstruierten Atomreaktor Isar 1 zusätzliche Schutzmaßnahmen einzufordern?

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

**Staatsminister Dr. Markus Söder (Umweltministerium):** Sehr geehrter Herr Kollege, ich habe vorhin schon darauf hingewiesen, dass wir auch das Kraftwerk Isar 1 ständig nach den geltenden Bestimmungen überprüfen, die mit die strengsten der Welt sind. Es finden pro Jahr circa 1.000 solcher Untersuchungen statt. Alle etwaigen Mängel werden sofort im Einvernehmen mit dem Betreiber oder auf Anweisung von uns behoben.

Wir haben bei Isar 1 keinen Anlass, die bisherige Praxis zu ändern. Alle Vorschriften wurden bislang erfüllt. Deswegen bleiben wir bei der Haltung.

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Staatsminister. Als Nächster hat der Kollege Wörner das Wort.

**Ludwig Wörner (SPD):** Herr Präsident! Herr Staatsminister Söder, es mag ja richtig sein, wenn Sie von einem "robusten Grundschutz" sprechen. Das war immer die strittige Debatte, noch mit Minister Schnappauf: Ist bei Isar 1 bei den heutigen Flugzeugen dieser robuste Grundschutz ausreichend? Da sollte man sich nicht herausreden, sondern die Sorgen ernst nehmen. Jeder Fachmann wird Ihnen bestätigen, dass bei einem bestimmten Flugzeugtyp, der in Erding vollgetankt wird, der robuste Grundschutz nicht ausreicht.

Wenn Sie jetzt sagen, wir prüfen ständig und machen alles, dann ist das richtig. Das bestreitet kein Mensch.

Dass die innere Sicherheit von Kernkraftwerken ständig auf dem neuesten Stand gehalten wird und dabei natürlich auch die Mängel entdeckt werden, was bei Isar 1 zu dem Begriff "Schrottreaktor" geführt hat, dürfen Sie dabei auch nicht verhehlen. Deswegen hat Isar 1 keinen so guten Ruf wie die anderen AKWs, übrigens auch in der Szene.

Da stelle ich mir schon die Frage, ob Sie mit Ihrer Aussage richtig liegen, der robuste Grundschutz sei ausreichend - unter Einbeziehung der Überlegung, dass die neuen Großflugzeuge von Erding maximal zwei bis drei Minuten brauchen bis zum AKW Isar 1, wenn sie vollgetankt sind. Über die Beladung brauchen wir da nicht reden. Das ist die zentrale Frage, die uns schon damals im Umweltausschuss bewegt hat.

Das Zweite ist: Es ist schon spannend zu wissen, dass Bayern eine eigene Reaktorkommission ins Leben gerufen hat. Wie stehen Sie denn heute zu dieser Reaktorkommission? Es war immer die Frage: Ist die überhaupt notwendig? Es gibt doch Bundeskommissionen. Wird diese Reaktorkommission in Bayern nicht möglicherweise zu Dingen gebraucht, die in der Bundesrepublik anders gesehen werden?

Das Dritte ist für mich noch einmal die Frage, und ich bitte Sie, sie korrekt zu beantworten: Gibt es neue Studien, die dem Umweltausschuss nicht bekannt sind? Wenn ja, wären Sie bereit, sie in einer geheimen Sitzung dem Ausschuss vorzustellen? Ich glaube, wir haben ein Recht darauf, wenn es sie geben sollte, dass zumindest die Mitglieder des Ausschusses dies erfahren und dass ihnen das mehr oder weniger zur Diskussion bereitgestellt wird.

Ich glaube, dass es angesichts der Debatte über die weitere Nutzung der Kernenergie durchaus notwendig ist, verstärkt darauf hinzuweisen, dass diese Welt nicht so heil ist, wie Sie, Herr Minister, sie immer darstellen. Nun, ich verstehe es. Wenn ich für die Verlängerung der Laufzeit bin, muss ich natürlich sagen, dass alles in bester Ordnung ist. Aber bei Isar 1 ist bezüglich eines Flugzeugabsturzes eben nicht alles in bester Ordnung, Herr Minister Söder. Das sollten wir uns gegenseitig zugestehen; dann wären wir möglicherweise einen Schritt weiter und könnten daraus Beschlüsse ableiten, die im Interesse unseres Landes sind.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

**Staatsminister Dr. Markus Söder (Umweltministerium):** Vielen Dank, Herr Präsident. Lieber Herr Kollege Wörner, Sie waren in der damaligen Sitzung dabei.

Auch wenn diese vertraulich war, will ich jetzt Antworten auf Ihre Fragen geben.

Keiner hat gesagt, die Welt sei heil und es gäbe keine Probleme. Natürlich sind Pläne über Terroranschläge in jeder Beziehung eine Herausforderung, und wir haben eine hoch sicherheitsrelevante Situation. Genau deshalb haben sich bereits lange vor meiner Zeit als Minister alle zuständigen Gremien, Persönlichkeiten und Institutionen genau mit dieser Frage beschäftigt und sie lange erörtert. Und deshalb war es auch wichtig, dass die GRS diese Studie erstellt hat.

Wir haben uns damals ganz bewusst mit dieser Studie beschäftigt, auch schon aus politischen Gründen, weil der Bundesumweltminister diese Studie selbst in Auftrag gegeben hatte. Sie wissen, dass es zwischen der Grundeinschätzung der Kernenergie von Trittin und der mehrheitlichen Auffassung der Bayerischen Staatsregierung große Differenzen in der Beurteilung der Kernenergie und der Sicherheitsrelevanz gibt. Deshalb war es auch wichtig, dieses Gutachten zur Grundlage zu nehmen. Nach diesem Gutachten ist es so, dass die bayerischen Kernkraftwerke - auch Isar 1 - für diese Herausforderungen gut gerüstet sind.

Nach dieser Studie ist übrigens nicht bekannt geworden, dass es eine neuere Studie gegeben hätte, in der etwas Ähnliches untersucht worden ist. Ich bin jederzeit bereit, in einem ähnlichen Verfahren bezüglich der Vertraulichkeitsprüfung, die wir damals durchgeführt haben, jedem anzubieten, die Unterlagen einzusehen bzw. in einer Sitzung erneut zu behandeln. Dagegen spricht überhaupt nichts. Das ist jederzeit möglich. Es ist sogar sehr dienlich, wenn wir uns darüber austauschen. Übrigens hat auch damals diese Vertraulichkeit weitgehend funktioniert, wie ich nachlesen durfte.

Zur Frage betreffend die Kommission Folgendes: Wir werden im Herbst so oder so eine endgültige Grundsatzentscheidung darüber treffen müssen, was in Deutschland passiert. Die Frage, ob eine solche Kommission dann noch sinnvoll ist, ist im Herbst zu beantworten. Ich glaube, die entscheidenden Fragen werden nicht durch Kommissionen im Herbst entschieden, sondern durch die politischen Mehrheiten.

Man muss sich dann übrigens auch auf die Ergebnisse einstellen. Entweder gibt es eine Verlängerung der Laufzeiten, Herr Wörner, oder Bayern muss sich schleunigst überlegen, wie es in den nächsten Jahren ausreichend Strom bekommt. Eines ist jetzt schon klar. Es wird relativ schwierig werden, in Bayern auszusteigen und im gleichen Zeitraum zu verhindern, über Energieversorgungsunternehmen im Osten Strom zu beziehen. Es ist aus meiner Sicht die unmoralischste Haltung, sich aus sicherer deutscher Kraftwerkstech-



nologie zu verabschieden, um am Ende Strom aus unsicheren Kraftwerken aus dem Osten zu beziehen.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Staatsminister. Herr Wörner, Sie haben noch 26 Sekunden.

**Ludwig Wörner (SPD):** Herr Minister, die Moral in dieser Frage will ich jetzt nicht bewerten. Damit kämen wir beide in den Wald. Aber eines möchte ich doch feststellen, wobei ich auf der Moralebene bleiben möchte. Wenn es zutrifft, was die Medien schreiben, weisen Sie die Anwürfe, die zu diesem Thema unterschwellig gekommen sind, mit der Begründung zurück, das sei eine Altlast aus der Vergangenheit. Verantwortlich ist aber immer der Minister, der das Amt innehat und sonst niemand. Das wollte ich Ihnen nur gesagt haben. Ich füge ausdrücklich hinzu: Wenn es zutrifft!

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Staatsminister, bitte schön.

**Staatsminister Dr. Markus Söder (Umweltministerium):** Herr Wörner, ich habe schon darauf hingewiesen, dass es diese eine Studie der ILK gab. In ihr haben 13 Experten drei Kraftwerke untersucht, allerdings war darunter nicht Isar 1. Es wurde in dieser Studie angeregt, andere zu überprüfen. Das ist dann auch erfolgt.

Der Bayerische Landtag hat in Ihrer Anwesenheit und mit Ihren vermutlich fruchtbaren Beiträgen - das kann ich nicht beurteilen - damals die GRS-Studie ausführlich diskutiert. Daraufhin hat es seinerzeit keine neue Studie gegeben.

Aufgrund dieser Studie und dieser ganzen Herausforderungen haben sich übrigens die jeweiligen Länder auch entsprechend verhalten. Sie haben Pläne aufgestellt und Sicherheitsanweisungen etabliert. Man hat Stück für Stück all das gemacht, was sich aufgrund dieser Studie empfohlen hat; denn die Sicherheit ist absolut. Darüber kann es gar keine Diskussion geben. Meine Damen und Herren, es geht hier nicht um Ideologie; die wäre falsch am Platze, wenn Sicherheitsfragen an vorderster Front zu erörtern sind.

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Staatsminister. Als nächster Fragesteller hat das Wort Herr Kollege Fahn.

**Dr. Hans Jürgen Fahn (FW):** Herr Ministerpräsident, Herr Präsident, Herr Minister Söder! Um das Thema Sicherheit von Atomkraftwerken gibt es zurzeit eine große Diskussion. Selbst Innenminister Schäuble hat am 16.06.2009 eingeräumt, dass Atomkraftwerke grundsätzlich Angriffsziele von Terroristen werden

könnten. Gerade weil die Bayerische Staatsregierung nun auf Atomenergie und auf die Verlängerung der Restlaufzeiten setzt, ist sie natürlich auch verpflichtet, die Bevölkerung über die möglichen Gefahren aufzuklären. Es darf hier keine Geheimpolitik betrieben werden.

Ich verstehe auf der einen Seite natürlich, wenn Sie sagen, manche Dinge seien schutzbedürftig. Das ist richtig. Auf der anderen Seite steht aber im Augenblick unheimlich vieles in der Presse. In jeder Zeitung bis hin zur Bayerischen Staatszeitung wird aus dem Gutachten zitiert. Das kann man lesen und man kann es nicht wegdiskutieren, sondern man muss sich damit auseinandersetzen. Die Fragen ergeben sich aus den Berichten, die in den Zeitungen zu lesen sind.

So ist zum Beispiel in der "Bayerischen Staatszeitung" zu lesen, dass nur drei deutsche AKWs gegen Terrorangriffe gesichert seien. Welche sind das? Man fragt sich, warum keine bayerischen dabei sind. Oder man liest, dass bei Terrorangriffen mit einer katastrophalen Freisetzung von radioaktivem Material zu rechnen sei. Da stellt sich natürlich die Frage, ob es in dieser Studie auch Aussagen zu Personenschäden gibt und wie es um die Sachschäden steht.

Ferner ist in der "Bayerischen Staatszeitung" zu lesen, dass die atomaren Zwischenlager teilweise nur mit einfachem Hallenbetonboden ähnlich einer Autogarage gesichert seien. Da frage ich mich schon, ob das stimmt.

Und dann noch eine Frage zu Isar 1. Isar 1 gehört zu den ältesten und unsichersten Kernkraftwerken in Deutschland. Was beispielsweise sagt das Gutachten über Isar 1?

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön. Herr Staatsminister, bitte.

**Staatsminister Dr. Markus Söder (Umweltministerium):** Herr Präsident, sehr geehrter Herr Kollege Fahn! Sie haben in der Tat recht, dass es ein Spannungsfeld gibt. Das gilt übrigens für alle Fragen der Sicherheit. In meinem Ressort ist die Atomkraft in der Tat der größte sicherheitsrelevante Bereich. Aber es gibt daneben auch häufig andere Sicherheitsfragen. Ich nenne nur die Frage der inneren Sicherheit, aber auch die häufigen Fragen zur äußeren Sicherheit. Auch hier gibt es einerseits Spannungsfelder zwischen der Transparenz und der größtmöglichen Unterrichtung durch die Medien. Auf der anderen Seite sind aber auch der Schutz der Bevölkerung und damit die Vertraulichkeit zu beachten. Diese beiden Seiten gilt es abzuwägen. Das haben die damals zuständigen Gremien von Bund und Ländern getan, und sie haben entschieden, dass diese Studien vertraulich transparent sein sollten, was heißt,

sie konnten innerhalb der Gremien mit den Repräsentanten der öffentlichen Gewalt, also in diesem Fall den Abgeordneten, diskutiert, bewertet und hinterfragt werden. Darüber hinaus aber hat man darauf geachtet, die Sicherheitsvorkehrungen nicht dadurch zu gefährden, dass man sie generell öffentlich macht. Diese Entscheidung wurde von allen relevanten politischen Kräften und Verantwortlichen getroffen.

Und jetzt noch ein Wort zur Frage, ob Isar 1 anfällig ist oder nicht. Isar 1 wird nach dem geltenden Standard genauso wie jedes andere Atomkraftwerk geprüft, muss sogar geprüft werden. Stellen Sie sich vor, es gäbe Prüfmaßstäbe erster und zweiter Klasse. Das wäre fatal und in der Tat nicht zu vermitteln. Es wäre im Übrigen auch ein Gesetzesverstoß.

Ich habe es vorhin schon gesagt und möchte es als ein Stück weit Bestätigung wiederholen: Wenn die Behörde, die politisch gesehen der Kernkraft deutlich weniger aufgeschlossen gegenüber steht als Bayern, nämlich das Bundesumweltministerium, in der vergangenen Zeit unter Herr Trittin und jetzt unter Gabriel, schriftlich bestätigt, dass es keinen Anlass gibt, ein deutsches Kernkraftwerk vom Netz zu nehmen, dann ist das für uns und auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die die Prüfungen täglich vornehmen - das ist übrigens auch keine leichte Aufgabe -, eine Bestätigung, dass dies der richtige Weg ist. Deswegen bleiben wir dabei: Wir glauben, dass im konkreten Fall von Isar 1, auch wenn das Werk einer der ältesten Reaktoren ist, die gesetzlich vorgeschriebenen Sicherheitsstandards eingehalten werden. Diese werden übrigens nicht nach dem Ermessen des Bayerischen Landtags bestimmt, sondern es sind deutsche und zum Teil internationale Standards, die konsensual verabschiedet wurden. An diese Standards halten wir uns, und wie gesagt, nach diesen Maßstäben sind die bayerischen Kernkraftwerke sicher.

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Vielen Dank, Herr Minister. Nächster Fragesteller ist Kollege Thalhammer.

**Tobias Thalhammer (FDP):** Herr Präsident, Herr Staatsminister! Das Sicherheitsempfinden ist bei manchen hier im Saale stärker ausgeprägt als bei anderen. Ich glaube, für eine sachliche Bewertung wäre es dienlich, den Sicherheitsgrad in Relation zu anderen AKWs zu setzen. Das würde mir bei der Einstufung sehr helfen.

Ich frage Sie, wie sicher denn unsere AKWs im Vergleich zu den AKWs in anderen Bundesländern in Deutschland sind. Wie ist es mit einem Vergleich zur Schweiz, zu Frankreich, zu Schweden? Wenn Sie wollen, können Sie gern auch Osteuropa dazunehmen.

Intensiver interessiert mich aber ein Vergleich der westlichen Länder mit Bayern.

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Bitte schön, Herr Staatsminister.

**Staatsminister Dr. Markus Söder (Umweltministerium):** Herr Kollege, ich sage vorweg: Es ist nicht unredlich und falsch, die Sicherheitsstandards so hoch wie möglich zu setzen. Das sage ich ganz bewusst. Es ist ein Anliegen - jeder hat darauf Anspruch -, sicher zu sein, dass alles getan wird, was menschenmöglich ist, um die Sicherheit zu gewährleisten. Darüber darf es überhaupt keine Diskussion geben. Diese Frage darf auch politisch nicht diskutiert werden. Vielmehr muss die Sicherheit im Rahmen der Verantwortung, die ein Staat mit öffentlicher Struktur und entsprechenden Institutionen für die Menschen hat, selbstverständlich sein.

Die Vergleichbarkeit obliegt nicht unserer Beurteilung. Ich könnte eine persönliche Einschätzung, aber keine rechtsverbindliche Vergleichsstudie abgeben; denn diese obliegt dem Bundesministerium für Umwelt. Dort könnten Vergleichsstudien gemacht werden.

Nach unserer Einschätzung haben die Bayern sehr moderne Kraftwerke. Wir haben auch einige ältere, die aber alle demselben Standard entsprechen. Dabei ist auch an andere Werke in Deutschland zu denken. Auch wenn eine derzeitige SPD-Ministerin wie Frau Trauernicht in Schleswig-Holstein die Kraftwerke genauso betreibt, dann ist das für uns ein Zeichen dafür, dass wir die Standards erfüllen.

Was Osteuropa betrifft, habe ich den Eindruck, dass die gesetzlichen Auflagen und der Vollzug nicht immer dem entsprechen, was bei uns gilt. Dies ist aber eine persönliche Einschätzung, die nicht amtlich belegt ist. Zuständig dafür ist das Bundesumweltministerium, welches entsprechende Anfragen beantworten kann.

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Als Nächster ist Herr Kollege Dr. Hünnerkopf dran.

**Dr. Otto Hünnerkopf (CSU):** Herr Präsident, Herr Staatsminister, Herr Ministerpräsident, Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich meine Frage stelle, mache ich einige Anmerkungen. Heute vernehmen wir aus den Zeitungen, dass gestern Umweltaktivisten das Kraftwerk Untere Weser besetzt haben. Und heute kommt diese Ministerbefragung. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN sehr wohl konstatieren müssen, dass Kernkraft im Energiemix der kommenden Jahre einfach nicht fehlen darf und wir daher die Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke brauchen. Auch die Menschen sehen und verstehen es so. Und jetzt muss man

hier - Entschuldigung, dass ich das so sage - mit den Ängsten der Menschen spielen, um das Thema aufzugreifen; das muss ich in aller Deutlichkeit sagen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Durch die Ausführungen unseres Ministers hat sich herausgestellt, dass sich seit dieser Information des damaligen Ressortministers Dr. Schnappauf am 5. April 2004 wirklich keine neuen Erkenntnisse ergeben haben. Ich war damals dabei. Frau Ruth Paulig war dabei. Ich gehe davon aus: Auch der damalige Umweltminister Trittin hat diese Thematik als vertraulich bezeichnet und darum gebeten, sie so zu behandeln. Ich bin mir sicher: Die Kollegin Ruth Paulig hat damals ihre Fraktion angemessen informiert und wollte diese Information sicher nicht mit ins Grab nehmen; das kann ich mir nicht vorstellen.

Meine Überzeugung ist also, dass hier etwas inszeniert wird, weil, wie der Minister schon zu Recht festgestellt hat, in etwa hundert Tagen die Bundestagswahl ist.

Ich finde, es ist überflüssig, eine solche Anfrage zu stellen. Sie ist populistisch und, wie ich feststellen muss, ein Stück weit auch unverantwortlich, und zwar deswegen, weil diese Diskussion verstärkt dazu anregen wird, dass man solche Gedanken weiter aufgreift und hegt.

Abschließend habe ich an den Minister eine Frage. Er kann sie ausführlich oder auch kurz beantworten. In meinen Augen war es nicht nötig - und dabei auch etwas durchsichtig -, den Minister heute nochmals zu diesem Gutachten zu befragen, wo doch alle Informationen schon bekannt waren und auch für die Kollegen, die im Parlament neu sind, zumindest in der Fraktion erfahrbar, nachfragbar oder nachlesbar waren. Ich frage den Minister, ob er mir in dieser Auffassung zustimmt.

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

**Staatsminister Dr. Markus Söder (Umweltministerium):** Natürlich kann man es so sehen, wie sich die aktuelle Debatte darstellt.

Im September 2001 hat die Organisation Greenpeace für alle deutschen Kraftwerke einen Widerruf beantragt. Seit sieben Jahren ist in der Sache nichts weiterverfolgt worden. Jetzt sind insbesondere drei neue Klage-Beiträge zu Isar 1 gekommen. Der Antrag für Isar 2 wurde übrigens zurückgezogen. Das zeigt, dass man auf bestimmten Seiten keine Bedenken hat, was Isar 2 betrifft. Das ist eine interessante Bemerkung, die man machen sollte.

Das zeigt auch, dass es aus meiner Sicht auch um politische Fragen geht. Aber ich habe damit kein Problem; das sage ich ganz offen. Wenn Sicherheitsfragen immer wieder erneut diskutiert werden und sich neue Kollegen da einarbeiten, habe ich dafür jederzeit Verständnis.

Mir kommt es letztlich nur darauf an, festzustellen, dass wir in Sicherheitsfragen bezüglich der grundsätzlichen Einschätzung der Kernenergie völlig unterschiedliche Auffassungen haben. Aber bei Sicherheitsfragen darf Ideologie nicht der Kompass sein. Im Vordergrund müssen die Sicherheit und die Ethik des Schutzes der Menschen stehen. Das ist der Maßstab der Staatsregierung.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Das Wort hat noch einmal Herr Kollege Hartmann.

**Ludwig Hartmann (GRÜNE):** Sehr oft haben Sie das Wort "sicher" in den Mund genommen. Stimmen Sie mir zu, dass ein AKW, das seit rund 25 Jahren am Netz ist, bei einer Zementstärke von 40 Zentimeter nicht gleich sicher ist wie zum Beispiel Isar 2, das gegenüber Isar 1 eine Zementstärke von 180 Zentimeter aufweist? Hat man das damals beim späteren Bau einfach so gemacht? Oder sind Sie selber der Meinung, dass es AKWs gibt, die weniger sicher sind, und solche, die sicherer sind? Das würde ich gern wissen.

Zum Schluss habe ich noch die Frage: Geht die Staatsregierung davon aus, dass es, wenn Isar 1 als ältestes AKW abgeschaltet wird, in Deutschland zu einem Stromengpass bzw. zu einer Stromlücke im Freistaat Bayern kommt?

Noch kurz etwas zu der Bemerkung der ehemaligen Kollegin Ruth Paulig. Sie hat damals freiwillig auf die Einsichtnahme verzichtet, weil sie nachher nicht mehr öffentlich über das Gutachten hätte reden dürfen. Diesen Grund zu nennen, gehört dazu.

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

**Staatsminister Dr. Markus Söder (Umweltministerium):** Für die Sicherheit gelten die gemeinsam von Bund und Ländern ermittelten Standards. Das ist entscheidend. Da haben sich klügste Leute auch aus dem Bundesumweltministerium, die politisch ganz anderer Auffassung waren und bis heute sind, gemeinsam überlegt, welche Sicherheitsstandards festzulegen sind.

Wir haben übrigens auch ältere Kraftwerke als Isar 1, die in Deutschland in Betrieb sind. Sie werden in den Ländern, in denen beispielsweise die SPD regiert, nicht

abgeschaltet, weil sie den Sicherheitsstandards entsprechen. Wenn Sie aber etwas ändern wollen, müssen Sie die Sicherheitsstandards ändern, aber auch sagen, dass der damalige Bundesminister Trittin falsche Standards verwendet hat; diese sind in der damaligen Zeit entscheidend mit geprägt worden.

Erstens. Wir halten uns an die gemeinsam vereinbarten Standards. Dabei werden alle bayerischen Kraftwerke erhalten.

Zweitens. Definitiv steht fest: Wenn der Ausstiegsbeschluss bleibt und Bayern aussteigen muss, dann müssen wir die 60 bis 70 % - je nach Anteil - substituieren. Dabei haben wir nur drei Möglichkeiten. Entweder macht man von dem Gebrauch, was einmal die Mehrheit des Münchner Stadtrats erwogen hatte, nämlich aus Isar 2 auszusteigen, aber dafür stärker in die Kohle einzusteigen. Kernenergie durch Kohle zu substituieren, halte ich aus ökologischer Sicht für völlig unverträglich.

Drittens. Wir können beispielsweise überlegen - das ist die Diskussion von der Nordküste -, Offshore-Anlagen in Form von Windkraftwerken zu errichten. Rein technisch ist das nicht uninteressant. Praktisch bedeutet es natürlich, dass neue Leitungen gelegt werden müssten. Wahrscheinlich ist an unterirdische Verlegung gedacht. Aber die niedersächsischen Behörden erzählen uns, dass das einen Kostenfaktor in der Größenordnung des Zehn- bis Fünfzehnfachen des Gewohnten bedeuten würde. Diese Mehrkosten würde der bayerische Steuer- und Stromzahler tragen.

Viertens. Zu denken ist auch an Stromimport aus dem Osten.

Lieber Herr Hartmann, es ist keine schlüssige Begründung, wenn Sie sagen: Ich schaue kein Gutachten an, weil ich dazu nichts sagen darf. Das wirkt auf mich so: Ich lasse mich nicht mehr gut informieren, damit ich hinterher meine Meinung behalten kann. Als neuer Kollege sollten Sie wirklich einen anderen Maßstab für sich gelten lassen.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Jetzt erteile ich noch einmal Herrn Kollegen Dr. Fahn für eine Frage das Wort.

**Dr. Hans Jürgen Fahn (FW):** Herr Kollege Dr. Hünnerkopf, zunächst einmal zu Ihnen: Sie sagten, hier würde mit den Ängsten der Bevölkerung gespielt. Das verstehe ich nicht. Es war Innenminister Dr. Schäuble, der am 16. Juni erklärte, Atomkraftwerke könnten grundsätzlich zu einem Angriffsobjekt von Terroristen werden. Beziehen Sie Ihre Äußerung auf Bundesmini-

ster Dr. Schäuble? Wegen dieser Äußerung des Bundesinnenministers ist dieses Thema zurzeit in der Presse. Deshalb halte ich diese Diskussion für berechtigt. Dieses Thema ist in den Medien. Deshalb müssen wir darüber diskutieren und Antworten auf die gestellten Fragen geben. Irgendwann müssen Sie sich dieser Frage stellen, weil Sie sonst ein Problem mit Ihrer Glaubwürdigkeit bekommen. Sie sagen immer, dass die bayerischen Kernkraftwerke die sichersten der Welt seien. Deshalb ist die Politik, zu diesem Thema nichts zu sagen, auf die Dauer falsch.

Herr Staatsminister, ich habe Ihnen vier Fragen gestellt. Ich frage Sie, ob Sie mir diese Fragen beantworten wollen, ja oder nein, oder ob Sie dies mit der Begründung ablehnen, dass sich diese Fragen lediglich aus Zeitungsberichten ergeben hätten.

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

**Staatsminister Dr. Markus Söder (Umweltministerium):** Ich bin mir nicht sicher, ob ich alle vier Fragen, die Sie gestellt haben, zusammenbringe. Ich möchte aber zwei Dinge sagen:

Die Grundaussage lautet, dass alle geltenden Vorschriften eingehalten werden und Schutzmaßnahmen getroffen wurden. Ich lade gerne alle Kolleginnen und Kollegen zu einer Sitzung ein, wenn dies gewünscht ist. Die Einsichtnahme ist bei der Gewährleistung der Vertraulichkeit jederzeit möglich. Ich hielte es für gefährlich, wenn wir aufgrund eines Zeitungsberichts - so renommiert dieser auch sein mag - in diesem Haus gemeinsam vereinbarte Standards verletzen würden. Wir haben ebenfalls Aufsichtsbehörden. Der Bund prüft auch uns. Wenn diese Berichte tatsächlich zuträfen und wenn es so wäre, dass Bayern Defizite hätte, würden wir keine Befragung mit dieser Struktur durchführen, sondern hätten eine ganz andere Diskussion.

Ich habe mich zu Beginn meiner Amtszeit sehr intensiv mit diesen Fragen beschäftigt, habe meine Mitarbeiter befragt und mir Prüfvorgänge angesehen. Hier wird auf einem hohen fachlichen Niveau eine gute Arbeit geleistet. Diese Arbeit ist so gut, dass die von uns beauftragten bayerischen Experten für Reaktorsicherheit auf der ganzen Welt gefragt sind. Jede Einzelfrage kann in einem Gremium vertraulich diskutiert werden. Das ist keine Frage. Mir ist es aber wichtig zu sagen: Es besteht keine Notwendigkeit, unsere Atomkraftwerke abzuschalten. Noch einmal: Das Bundesumweltministerium hat uns erst im November letzten Jahres genau diese Position bestätigt.



(Dr. Hans Jürgen Fahn (FW): Das ist unbefriedigend, weil Sie nicht auf meine Fragen eingegangen sind!)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Staatsminister, ich sehe keine weiteren Fragesteller mehr. Damit ist die Ministerbefragung beendet. Herr Staatsminister, ich danke Ihnen für die Beantwortung der Fragen.

(Beifall bei der CSU - Zuruf eines Besuchers von der Medientribüne)

- Sie haben hier nicht das Wort. Würden Sie bitte diesen Herrn hinausführen?

(Unruhe im Plenarsaal)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen, das kurze Satyrspiel ist beendet. Wir fahren in der Tagesordnung fort.

Ich rufe auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Antrag der FDP-Fraktion  
"Ärzte-TÜV im Internet - Staatsmedizin auf dem Weg zum gläsernen Arzt und Patient?!"**

In der Aktuellen Stunde dürfen die einzelnen Redner der Fraktionen grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten sprechen. Auf Wunsch einer Fraktion erhält einer ihrer Redner bis zu zehn Minuten Redezeit. Dies wird auf die Anzahl der Redner der jeweiligen Fraktion angerechnet. Ergreift ein Mitglied der Staatsregierung das Wort für mehr als zehn Minuten, erhält auf Antrag einer Fraktion eines ihrer Mitglieder Gelegenheit, fünf Minuten ohne Anrechnung auf die Zahl der Redner dieser Fraktion zu sprechen. Der erste Redner ist Herr Kollege Dr. Bertermann von der FDP.

**Dr. Otto Bertermann (FDP):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben dieses Thema für die heutige Aktuelle Stunde gewählt, weil wir der Meinung sind, dass die Qualität der ärztlichen Behandlung auch für Bayern und für Deutschland ein Thema ist. Wir sind der Meinung, dass gerade der bayerische Patient ein Recht und einen Anspruch darauf hat, vor den Behandlungen ordentlich und sachgerecht informiert zu werden. Wie kann dies funktionieren? Wie kann der bayerische Patient richtig und sachlich informiert werden? Wie kann er den Internetportalen ausweichen und prüfen, was für ihn und seine Behandlung richtig und gut ist, und das bereits im Vorfeld der Behandlungen beim Arzt?

Ich habe Sorge um den bayerischen Bürger, der letztlich ins offene Messer rennt, wenn er nicht weiß, was

und wie behandelt wird. Der Patient braucht Informationen darüber, was ihn erwartet. Was ist der richtige Weg? Wie können wir den richtigen Weg finden? Wir brauchen auf der einen Seite einen sachlich und korrekt informierten Patienten und auf der anderen Seite einen gut ausgebildeten und fortgebildeten Arzt. Ist dies in Deutschland oder Bayern gegeben? Ich bin der Meinung, dass wir in Bayern und Deutschland einen erheblichen Nachholbedarf bei der Patienteninformation haben. Ähnlicher Nachholbedarf besteht bei der Ausbildung und Fortbildung der Ärzte. Hier können noch Korrekturen angebracht werden.

(Beifall bei der FDP)

Wie können wir einen Arzt finden? Das übliche Prozedere besteht darin, dass über Mund-zu-Mund-Propaganda und über Freunde ein Arzt gesucht wird. Inzwischen haben wir aber auch eine ganze Reihe von Internetportalen, die anbieten, korrekte Informationen über Ärzte und Krankenhäuser zu geben. Hier gibt es qualitativ hochwertige und weniger hochwertige Seiten. Es gibt zum Beispiel eine Seite der Kassenärztlichen Vereinigung in Bayern mit einer ausgezeichneten Patienten-Versorgung. Wir haben ein Online-Portal der Kassenärztlichen Vereinigung, das - weil wir in Bayern sind - exzellent ist. Außerdem gibt es in Bayern schon seit Jahren eine Patienten-Hotline, mit der sich der Patient direkt an die Kassenärztliche Vereinigung wenden kann, um mit seinen Sorgen und Nöten fachlich qualifiziert beraten zu werden.

Der langen Rede kurzer Sinn: Die Verwirrung des Bürgers ist groß, wenn er einen gut ausgebildeten Arzt und eine gute Klinik finden will. Ich möchte jetzt keinen Frontalangriff auf die AOK fahren. Die AOK hat ihre Verdienste, sie hat ihren Hausarztvertrag, und sie hat den bayerischen Hausärzten gut geholfen. Aber der AOK-Arzt-Navigator - nicht der AOK-Arzt-Alligator - ist eines ihrer "Babies", wie sie es bezeichnet. Wenn Sie im Internet unter dem Begriff "Navigator" nachschauen, so ist der Navigator ein Offizier auf einem Schiff oder in einem Flugzeug, der die Richtung angibt. Das gab es früher. Jetzt gibt es nur noch in einigen alten russischen Flugzeugen Navigatoren, weil diese Flugzeuge noch nicht über modernes Equipment verfügen.

Ich möchte noch etwas zum Ärzte-TÜV sagen: Der Ärzte-TÜV suggeriert dem Patienten, dass es sich bei ihm um eine unabhängige objektive Bewertungsinanz handele. Nach dem Menschenbild, das dahinter steht, ist der Arzt ähnlich wie ein Pkw zu bewerten. Welches individuelle Menschenbild steht hinter solchen Äußerungen?

Wenn wir die Schöpfung bewahren wollen, wie das Herr Staatsminister Dr. Söder immer wieder einmal gesagt